



## Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates  
26. März 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

### **Punkt 27 der Tagesordnung: Inklusion umsetzen: Stärkung der Kitas für den Umgang mit der Heterogenität der Kinder**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2019/0104**

#### **Beschluss:**

Verwiesen in den Jugendhilfeausschuss

#### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Die Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 27 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir GRÜNEN hatten schon etliche Anträge in den Gemeinderat eingebracht zur Stärkung der Inklusionskraft der Kindertagesstätten, und das ist jetzt kein Gegensatz dazu, dass wir bereits in Baden-Württemberg und auch in Karlsruhe eine sehr gute Qualität der Kindertagesstätten insgesamt haben, insbesondere beim Personalschlüssel. Aber bislang ist es noch nicht gelungen, diesen großen Handlungsbedarf zu erfüllen, nämlich die Kitas auch zu inklusiven Kindertagesstätten weiterzuentwickeln. Wir sind dazu verpflichtet, nicht zuletzt auch durch die UN-Konvention für die Rechte Behinderter, und wir müssen uns da jetzt wirklich auf den Weg machen, um dies zu erreichen. Insofern geht dieser Antrag in diese Richtung. Er bezieht sich allerdings auf ein Pilotprojekt, das jetzt auch von einem Verein eingeleitet wurde, und bei dem, in Zusammenarbeit mit dem Heilpädagogischen Dienst und der Stadtverwaltung, das Pilotprojekt durchgeführt wurde. Es geht um die Frage, wie man Kitas so ausgestalten und solche Konzepte umsetzen kann, dass speziell die Kinder, die heute noch durch alle Raster fallen, insbesondere Kinder mit besonders herausfordernden Verhaltensweisen, aufgefangen werden. Ich will jetzt gar nicht erwähnen, welcher Problemdruck dadurch entsteht für die Familien, Eltern, die Kitas selbst und auch für Kinder mit psychosozialen Problemlagen, die keine entsprechende kinderpsychiatrische Diagnostik haben. Wir begrüßen die Antwort der Stadtverwaltung, dass hier jetzt in die Planung gegangen wird, und dass dazu eine Vorlage für den Jugendhil-

feausschuss im Oktober erstellt wird. Insoweit werden wir dann bei dieser Gelegenheit die Fachdebatten noch einmal führen. Deshalb verzichte ich jetzt noch näher in die Details einzugehen, aber zumindest ist jetzt schon mal ein Weg eingeleitet worden. Wir müssen hier an der Stelle vorankommen. Das sind wir speziell diesen Kindern und Eltern, die wirklich unter großen Problemen leiden, und den Kindertagesstätten, die mit dieser besonderen pädagogischen Herausforderung nicht klar kommen, das sind wir denen schuldig.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Die GRÜNE-Fraktion hat hier in dem Antrag ein wichtiges Thema angesprochen. Wir sind darüber dankbar, dass wir uns damit im Jugendhilfeausschuss intensiver beschäftigen, weil diese Heterogenität die Arbeit in den einzelnen Einrichtungen erschwert und gerade da, wo sie besonders stark ausgeprägt ist, es die Arbeit sehr schwierig macht. Wir müssen auch bedenken, wir reden jetzt über die Kitas, die Probleme lösen sich nicht auf. Diese Auffälligkeiten bleiben bestehen, wenn die Kinder in das schulfähige Alter kommen, das heißt, es ist schon in unserem Sinne, dass wir uns hier weiter mit dem Thema beschäftigen und gemeinsam überlegen, wie wir hier weiter tätig werden können. Deswegen begrüßen wir es auch, dass die Verwaltung an dem Thema dran ist, dass wir uns am 14. Oktober 2019 im Jugendhilfeausschuss mit der Vorlage beschäftigen werden. Von unserer Seite wären wir dankbar, wenn wir noch ein paar Zahlen drum herum bekommen könnten. Wie viel Kinder sind es denn im Moment? In welchen Einrichtungen sind sie? Kann man das einfach so ein bisschen sagen? Mich persönlich hat die Zahl, die die Kollegen in ihrem Antrag genannt haben, geschockt, dass 31 Kinder sogar die Einrichtungen verlassen mussten. Das bedeutet 31 Einzelschicksale und Familien, die dahinter stehen! Damit wir uns mit der Thematik ein bisschen intensiver beschäftigen können, würden wir um weitere Informationen für die Ausschusssitzung bitten.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die SPD-Fraktion ist der Stadtverwaltung dankbar, dass sie in der Antwort auf den vorliegenden Antrag der GRÜNEN, ausführlich und dezidiert beschreibt, wie lange und mit welchen Maßnahmen wir in Karlsruhe bereits daran arbeiten, Kinder mit herausforderndem Verhalten besser zu unterstützen und somit Inklusion zu fördern, und dass dieser Weg auch weiter bestritten wird. Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Herangehensweise mit Hilfe eines flexibleren einsetzbaren Ressourcenpools als nachhaltige Formen, Kitas in herausfordernden Situationen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Zusätzliche Ressourcen lediglich einzelnen Kitas zukommen zu lassen, wie im GRÜNEN-Antrag gefordert, lehnen wir ab, da dies auch eine Frage der Haushaltsberatungen gewesen wäre. Auch sind wir der Karlsruher Vereinigung zur Hilfe für psychisch kranke Kinder und Jugendliche, so wie dem Pius-Kindergarten der Seelsorgeeinheit Allerheiligen, sehr zu Dank verpflichtet, dass wir aufgrund ihres Projektes wertvolle Erkenntnisse in diesem Bereich gewonnen haben. Es ist gut und richtig, dass die Sozial- und Jugendbehörde diese Erkenntnisse in die aktuelle Konzepterstellung einbezieht und wir freuen uns darauf, mit allen gemeinsam im Oktober darüber zu beraten, wie wir noch gezielte und verstärkt wichtige Unterstützung leisten können. Der Abschlussbericht des Projekts liefert hierzu vielfältige Ideen, neben der im Antrag angesprochenen interdisziplinären Zusammenarbeit mit der Heilpädagogik auch mehr Beratung zur Verfügungszeit, oder beispielsweise Teamschulungen und Supervision. Irritiert sind wir über die Forderung, ein weiteres Modell, wohl aber in ähnlicher oder gleicher Form, durchzuführen, und dabei eine der kommunalen Kitas, ungeachtet der besonderen Problemlagen, zum Zug kommen zu lassen. Sie sind jetzt in der Begründung gar nicht darauf eingegangen, aber da es im Antrag so steht, möchte ich auch dazu Stellung nehmen. Uns liegt ein detaillierter Abschlussbericht vor, erarbeitet von den Projektträgern in Zusammenarbeit mit dem fachli-

chen Beirat und der Koordinierungsgruppe, also dem Heilpädagogischen Dienst, dem Jugendamt sowie mit Unterstützung der PH und ihrer fachlichen Expertise. Die Grundlagen zur Beratung im Ausschuss sind aus unserer Sicht damit gelegt und Perspektiven beziehungsweise Handlungsmöglichkeiten hinreichend aufgezeigt.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Grundsätzlich ist Inklusion im gesamten Bildungsweg, eine mittlerweile allgemein gestellte Forderung aller Parteien mit sozialem Gewissen. Aber offensichtlich ist es auch von der Verwaltung bereits verinnerlicht, wie für uns von der KULT, aus der Antwort der Verwaltung hervorgeht. Auch wenn wir annehmen, dass dies ohne Verlust bei der Behandlung in den entsprechenden Ausschüssen hätte geklärt werden können, ist es gut, dass der Gemeinderat auf diese Dinge ein Auge behält, und allen Menschen, unabhängig von Maß und Art einer Behinderung, die Beteiligung an allen Aspekten einer Stadtgesellschaft ermöglicht. Wir sind daher mit der Aussage der Verwaltung sehr zufrieden und hoffen auf eine reibungslose Fortsetzung und Umsetzung.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Inklusionen sollen und müssen wir in den Kitas durchsetzen, wo es möglich ist. Das wünscht sich unsere GRÜNE Fraktion und das wünschen wir uns alle. Aber noch besser, die Verwaltung antwortet auf die Wünsche in diesem Antrag, das tun wir schon und das wollen wir auch weiter so tun. Falls die GRÜNEN das gewusst haben, wäre der Antrag überflüssig, falls die GRÜNEN das nicht gewusst haben, hätten Sie eigentlich kein Problem.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Dieser Vortrag, bei dem dieses Modell vorgestellt wurde, war beim Paritätischen Wohlfahrtsverband. Ich war dabei, und ich möchte daran erinnern, dass der Vortragende gesagt hat, in Ordnung, wenn wir das machen, dann müssen wir in den Kitas eine deutliche Qualitätserhöhung durchsetzen. Das heißt, dass der Leiter einer Einrichtung sich während seiner täglichen Arbeit mehr Zeit nehmen und mehr Raum/Flächen für die Kinder freisetzen muss, auch wird vorausgesetzt, dass die Gruppen kleiner werden. All das bedeutet, dass wir deutlich mehr investieren müssen. Das hat der Paritätische Wohlfahrtsverband zu der Aussage bewogen, dass es zuerst um die Qualität der Einrichtungen gehen soll, und dann erst um kostenfreie Kitas. Das glaube ich auch, es entspricht meiner Überzeugung. Wenn wir konsequent diesen Weg gehen, dann müssen auf einige Zeit auf kostenfreie Kitas verzichten und erstmal Qualität schaffen, und dann können wir uns über alles andere unterhalten.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortmeldungen, die antragstellende Fraktion war einverstanden, dass wir das am 9. Oktober 2019 im Jugendhilfeausschuss diskutieren. Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen, dass ein Pilotprojekt erfolgreich ist, wenn zu einer guten Ausstattung in Karlsruhe durch die Bertelsmann-Stiftung noch eine ganze Heilpädagogin in eine Kita kommt, um sich dort um die besonderen Herausforderungen zu kümmern. Es spricht vor allem mal dafür, dass zusätzliche heilpädagogische Kompetenz sich immer positiv auf die Kita auswirkt, weil mehr Personal mehr bewirken kann, als weniger Personal. Daraus jetzt abzuleiten, dass wir für alle Kindertagesstätten, zusätzlich zu unserem Förderrahmen, noch eine heilpädagogische Fachkraft einsetzen, davor möchte ich warnen, und darum bitten, eine Lösung zu finden, die heilpädagogische Kompetenz in den Einrichtungen zu steigern, die auch gut dort zu steigern ist, bei der Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher und nicht nur durch eine zusätzliche Heilpädagogin. Sie haben sich auch mit uns darüber verständigt, dass für jedes als Inklusion anerkannte Kind, um 0,1 Prozent der Personalschlüssel gesteigert wird. Viele dieser Kinder mit herausforderndem Ver-

halten können sich nach dem Paragraph 35 a Kinder- und Jugendhilfe Gesetz auch als förderbedürftig erklären, und dann kann ich auch für die eine 0,1 Prozent-Personalstelle einrichten. Wenn ich dann zehnmal eine 0,1 Prozent-Personalstelle habe, kann ich eine ganz neue zusätzliche Personalstelle einplanen und dann hindert niemand eine Kita daran, diese eine Personalstelle mit einer Heilpädagogin zu besetzen. Ich will einfach nur deutlich machen, dass ich es gut fände, wenn man es am Ende in unser bestehendes Fördersystem von Inklusion einbaut, und nicht jetzt für bestimmte Untergruppen der Inklusion, wieder ein neues Fördersystem neben dran stellt. Das müssten Sie im Oktober miteinander klären. Dass der Bedarf sinnvoll ist, ist nicht strittig, aber nicht, wenn ich jetzt versuche, zu viele unterschiedliche Konzepte nebeneinander zu stellen, sondern unsere bisherige Struktur fördere. Das war mein Wunsch an dieser Stelle, ohne dass ich mich sonst in die Fachdiskussion einmischen werde.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich habe das jetzt in meinem Beitrag nicht erwähnt, und offensichtlich hat Kollege Høyem nicht gelesen, dass es darum geht, mehr heilpädagogische Kompetenz in die Kindertagesstätten einzubringen. In der Antwort der Stadtverwaltung steht, dass man die flexible heilpädagogische Kompetenz schon einbringt, nur kommt sie noch nicht an, weil es offensichtlich noch nicht genügend gibt. Es gibt die Reha Südwest, die können das gelegentlich machen, in der Regel handelt es sich dabei um Beratung. Es gibt auch Weiterbildungsangebote, das ist hervorragend, aber im Grunde muss man tatsächlich mehr heilpädagogische Kompetenz in die Kitas einbringen. Wir haben bei der Sprachförderung halbe Stellen in den Kindertagesstätten geschaffen, und ich sehe keinen Grund, Herr Oberbürgermeister, warum wir da, wo der Bedarf höher ist, nicht auch in diese Richtung gehen. Genau das ist unser Anliegen. Genau diese interdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen in dieser Kindertagesstätte St. Pius, hat dazu geführt, dass der besondere Erfolg am Schluss auch in dem Abschlussbericht enthalten war. Das möchte ich nur ergänzend erwähnen, damit nicht der Eindruck entsteht, wie bei Herrn Høyem, der offensichtlich die Antworten nicht ausführlich genug liest und meint, es würde schon alles gemacht werden.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
29. April 2019

